

Wie stark darf eine Umweltinvestition riechen?

In Lindau sorgt eine zeitweilig stinkende Biogasanlage für Proteste und etwas ratlose Behörden

Die Geruchsemissionen aus der Biogasanlage eines Gemeinderats sorgen in Lindau für Proteste. Der Betreiber hat mit möglichem Erfolg einen Filter einbauen lassen. Die Behörden sind derweil etwas ratlos, da es keine Grenzwerte für Gestank gibt.

Adrian Krebs

Die Lindauer sind keine Mimosen, was Gerüche aus der Landwirtschaft angeht. Immerhin beherbergen sie in ihrer Gemeinde neben einigen Bauernbetrieben mit dem Strickhof das kantonale grüne Ausbildungszentrum mit Grossbetrieb und eine Forschungsabteilung der ETH.

Trotzdem sorgten die Geruchsemissionen der bäuerlichen Art in den letzten Monaten für Schlagzeilen. Einige Einwohner im Dorf und im Weiler Winterberg beschwerten sich über hartnäckigen Gestank. Zwar steht gemäss dem jüngsten Verhandlungsbericht des Gemeinderats «nicht – und schon gar nicht rechtsgenügend – fest, welches die Quelle oder die Quellen der reklamierten Immissionen ist/sind». Wenn man aber mit den Betroffenen redet, dann gibt es keine Zweifel: Am Pranger steht die Biogasanlage von Landwirt Hanspeter Frey und seinem Kollegen Andreas Kägi. Die beiden Landwirte haben die Anlage vor drei Jahren gebaut und in Betrieb genommen.

Schwaden von süsslichem Duft

«Vorher hatten wir nie Probleme», sagt einer der protestierenden Einwohner aus Lindau Dorf, der lieber anonym bleiben will. Mit Gülle habe er keine Schwierigkeiten. Die Ware aber, die in der Biogasanlage eingeliefert werde, stinke derart, dass man in der Nacht je nach Windverhältnissen das Fenster schliessen müsse. Das bestätigt ein anderer Anwohner im Ortsteil Winterberg. Die unangenehmen süsslichen Düfte kämen schwallweise und seien vor allem in Liegenschaften mit Zwangslüftung ein grosses Problem, da das Haus innert Kürze von zuunterst bis zuoberst stinke, wenn eine derartige Schwade vorbeiziehe.

Für Betreiber Hanspeter Frey ist der Protest unverhältnismässig. «Es ist si-

cher einmal etwas von uns gekommen, aber hier wird aus einer Mücke ein Elefant gemacht», erklärt er hörbar verärgert. Neben Grüngut vergäre er lediglich Gemüsereste und nicht wie von den Anwohnern behauptet Lebensmittelreste aller Art. Um allfällige Emissionen zu vermindern, habe man im Annahmetank kürzlich einen Aktivkohlefilter eingebaut. «Für uns ist der Fall damit erledigt», sagt Hanspeter Frey. Der Betrieb halte alle Vorschriften ein, und dies sei vom kantonalen Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (Awel) kürzlich auch bestätigt worden. So klar fällt diese Bestätigung aber nicht aus. Auf Anfrage erklärt die Kommunikationsstelle der Baudirektion, die Quelle der Gerüche sei zwar noch nicht einwandfrei identifiziert, aber man begrüsse die ersten Schritte, die vom Betreiber der Biogasanlage gemacht worden seien. Ob die Emissionen «übermässig» seien, wie die Anwohner monierten, sei nicht einfach festzustellen, sagt Wolfgang Bollack, Sprecher der Baudirektion. Die Luftreinhalteverordnung kenne keine Grenzwerte für Geruchsemissionen. «Bei Geruchsbelästigungen ist das Immissionsausmass darum mittels Begehung durch ein Probandenkollektiv oder Fragebogenerhebung festzustellen», erläutert Wolfgang Bollack. Beide Untersuchungsformen seien finanziell und zeitlich sehr aufwendig.

Tests kosten 40 000 Franken

Bei der Gemeindeverwaltung Lindau ist man sich dessen voll bewusst. Laut Gemeindeschreiber Viktor Ledermann kläre man derzeit ab, wie man mit den rund 20 Reklamationen weiter verfahren wolle. Man müsse abwägen zwischen den Bedürfnissen der Anwohner und jenen der Gewerbetreibenden. Er stellt dabei eine gewisse Ratlosigkeit nicht in Abrede. Demnächst will der Gemeinderat nun entscheiden, ob ein privates Unternehmen mit dem Probe riechen beauftragt werden soll. Dies würde jedoch 40 000 Franken kosten, rechnet Ledermann vor. Zunächst will man aber am 17. Mai bei einem Informationsabend der Bevölkerung den Puls fühlen.

Etwas delikater ist die Angelegenheit für die Gemeinde Lindau auch deshalb, weil Biogas-Unternehmer Hanspeter Frey selber in der kommunalen Exekutive sitzt und dort das zuständige Ressort Tiefbau, Werke und Landwirtschaft

betreut. Frey sieht einen direkten Zusammenhang zwischen dem Protest und seinem Behördenamt: «Es ist natürlich spektakulärer, wenn man einen Gemeinderat in die Pfanne hauen kann, als irgendeinen anderen Bauern oder eine Fabrik», beschwert er sich und verweist auf andere Geruchs-Emittenten auf dem Gemeindegebiet.

Eine solche Absicht weisen die Beschwerdeführer weit von sich. Im Gegenteil, man habe das Biogas-Projekt Freys als ökologische Investition stets unterstützt, betonen sie. Aber so wie jetzt könne es nicht weitergehen, sind sie sich einig.